



Tschad 2025

Republik Tschad

Gewalt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen führte zu zahlreichen Morden, darunter ein Massaker an Hirt*innen in Mandakao. Die Gewalt führte zur Vertreibung von Tausenden von Menschen und deckte gravierende Lücken in den Systemen zur Gewaltprävention, zum Schutz von Menschenleben und zum Zugang zur Justiz auf. Die Behörden schränkten den zivilgesellschaftlichen Raum ein, indem sie Journalist*innen vor „parallelen Ermittlungen“ zu den Morden in Mandakao warnten und zivilgesellschaftliche Organisationen auflösten oder verbieten ließen. Der Bildungsbedarf blieb akut: Im Osten des Tschads gingen 849.000 Kinder nicht zur Schule. Die Behörden verabschiedeten ein Gesetz zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, doch geschlechtsspezifische Gewalt blieb weit verbreitet und wurde selten angezeigt.

Hintergrund

Am 8. Januar kam es in der Nähe des Präsidentenpalasts in der Hauptstadt N'Djamena zu heftigen Schusswechseln. Der Angriff, der letztlich scheiterte, forderte rund 20 Todesopfer. Am 30. Januar wurde die letzte französische Militärbasis offiziell an die nationalen Behörden übergeben. Dies markierte den vollständigen Abzug der ausländischen Truppen.

Ende Mai zählte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*) landesweit über 2 Millionen Menschen, die zur Flucht gezwungen waren. Am 3. Juni warnte das UNHCR, dass sich die Zahl der sudanesischen Flüchtlinge im Tschad seit April 2023 mehr als verdreifacht habe und 1,2 Millionen überschritten habe. Das UNHCR meldete zum 31. Dezember 1.330.950 sudanesischen Flüchtlinge im Tschad. Die Datenanalyseorganisation ACAPS schätzte, dass im Jahr 2025 7 Millionen Menschen im Tschad humanitäre Hilfe benötigten.

Im Osten des Tschad überforderten Gewalt und Massenvertreibungen die Gesundheitsdienste und verschärften die Ernährungsunsicherheit und Armut.

Recht auf Leben und Sicherheit der Person

Am 14. und 15. Mai eskalierten Spannungen zwischen Bäuer*innen und Hirt*innen um den Zugang zu Weideland im Dorf Mandakao in Logone Occidental. Die Gewalt führte schließlich zu einem Massaker an 47 Erwachsenen und Kindern aus Hirtengemeinschaften.

Am 17. Juni forderten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Region Ouaddaï im Osten des Landes mindestens 20 Tote und 16 Verletzte. Tage später wurden bei einem Angriff von Hirt*innen in Oregomel, Mayo-Kebbi Ouest, einer Region im Südwesten nahe Logone Occidental, 18 Menschen getötet und 17 verletzt.



Das UN-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (*United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* - OCHA) berichtete, dass die Gewalt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Mai und Juni insgesamt über 80 Todesopfer forderte und zur Vertreibung von schätzungsweise 12.500 Menschen in den Regionen Logone Occidental und Mayo-Kebbi Ouest führte. OCHA wies auf Lücken in den Systemen zur Gewaltprävention, zum Schutz von Menschenleben und zum Zugang zur Justiz hin. Ein Weidegesetz zur Regelung des Zugangs zu Land- und Wasserressourcen befand sich zwar weiterhin in der Prüfung, war jedoch bis zum Jahresende noch nicht verabschiedet. Unterdessen blieben andere Mechanismen zur Bewältigung von Spannungen, wie lokale gemischte Ausschüsse, weiterhin instabil.^[1]

Nach den Morden in Mandakao entsandten die Behörden Sicherheitskräfte, schickten eine Regierungsdelegation und leiteten eine gerichtliche Untersuchung ein. Am 16. Mai wurde der ehemalige Premierminister und Oppositionsführer Succès Masra im Zusammenhang mit dem Fall festgenommen. Am 9. August wurde er wegen „Verbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Botschaften“ und wegen „Beihilfe zum Mord“ zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt, gegen die noch eine Berufung läuft. Seine Anwälte argumentierten, dass die gegen ihn angeführten Äußerungen Jahre zuvor getätigt worden seien und keinen Zusammenhang mit dem Fall hätten. Im selben Verfahren wurden 65 Mitangeklagte jeweils zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Nach dem Angriff in Oregomel berichtete die Regierung, dass rund 20 Verdächtige festgenommen worden seien, und kündigte die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen bis zum Abschluss der Strafverfahren an.

Nach mehreren Fällen tödlicher Zusammenstöße zwischen Hirt*innen und Bäuer*innen, die sich 2023 und 2024 ereignet hatten, herrschte weiterhin Straflosigkeit.

Meinungs- und Vereinigungsfreiheit

Am 14. Juni warnte der Staatsanwalt in N'Djamena Journalist*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die nach Mandakao reisten, um die Morde an Hirt*innen zu untersuchen. Sie müssten mit Strafverfolgung rechnen, da sie „parallele Ermittlungen“ durchführten, die die offiziellen Untersuchungen stören könnten. Nationale Medien und Organisationen, die sich für Pressefreiheit einsetzten, verurteilten dies als Versuch, unabhängige Berichterstattung über die Morde zu unterbinden. Am 25. Juni gab die Medienaufsichtsbehörde, die Hohe Behörde für Medien und Rundfunk, eine allgemeine Warnung vor „medialen Exzessen“ in Krisenzeiten heraus. Am 27. August berichtete „Reporter ohne Grenzen“ über Überwachung, Einschüchterung und Selbstzensur unter Journalist*innen infolge dieser Warnungen und forderte die Behörden nachdrücklich auf, unabhängige Ermittlungen zuzulassen.

Am 26. Juni löste der Minister für territoriale Verwaltung den Jugendverband für gesellschaftliche Mobilisierung und ländliche Entwicklung sowie die Nationale Jugendkoordination für Frieden und Entwicklung im Tschad auf. Er verbot zudem die Aktivitäten der Bürgerbewegung *Le Temps* („Die Zeit“) sowie den politischen Flügel der Oppositions- und Zivilgesellschaftskoalition *Wakit Tama* („Die Zeit ist gekommen“). Der Minister begründete dies mit Störungen der öffentlichen Ordnung und der Nichteinhaltung des Rechtsrahmens.



Recht auf Bildung

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF berichtete, dass zum 31. März 849.000 Kinder im Osten des Tschad keine Schule besuchten. Etwa 600.000 von ihnen lebten in Aufnahmegemeinden und 249.000 zählten zu den registrierten Flüchtlingen und Rückkehrer*innen. Die Organisation wies auf einen bereits zuvor bestehenden Mangel an etwa 2.900 Klassenzimmern in Ouaddaï, Sila und Wadi Fira hin. Im April warnte UNICEF vor einer Finanzierungslücke von 85 Prozent bei den Bildungsmaßnahmen im Osten des Tschad und hob die anhaltenden Hindernisse für das Recht auf Bildung für Kinder hervor, die von der Flucht- und Vertreibungskrise betroffen sind.

Rechte von Frauen und Mädchen

Am 10. Juli begrüßte der UN-Frauenrechtsausschuss (CEDAW) die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch den Tschad und drängte auf dessen wirksame Umsetzung. Der Ausschuss äußerte sich besorgt, weil geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich sexueller und häuslicher Gewalt, anhaltend hoch blieb und nur in zu wenigen Fällen angezeigt wurde. Er stellte fest, dass „niedrige Strafverfolgungs- und Verurteilungsquoten“ weiterhin bestünden, wobei gegen Täter*innen, die verurteilt wurden, milde Strafen verhängt würden. Die Stigmatisierung der Überlebenden hielt an, wobei der Rückgriff auf traditionelle, gemeinschaftsbasierte Schlichtungsverfahren oft die Straflosigkeit der Täter*innen begünstigte und die Rechte von Frauen und Mädchen untergrub.

Der Ausschuss forderte die Behörden auf, den Zugang zu erschwinglicher, inklusiver oder, falls erforderlich, „kostenloser Rechtshilfe und forensischer Beweissicherung“ für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sicherzustellen. Er forderte Maßnahmen, um Opferhilfsdiensten und Schutz bereitzustellen, einschließlich angemessener und zugänglicher Unterkünfte, medizinischer Versorgung, psychosozialer Beratung und wirtschaftlicher Unterstützung. Er forderte die Regierung nachdrücklich auf, die Kapazitäten von Richter*innen, Staatsanwält*innen, der Polizei und anderen Strafverfolgungsbehörden im Hinblick auf geschlechtsspezifische Ansätze bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Straftaten weiter auszubauen.

[1] Chad: Live off the Land and Die for it, 20 November